

Deutscher Verband für Physiotherapie (ZVK)
Landesverband Baden-Württemberg e.V., Rotebühlstraße 63, 70178 Stuttgart

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 103442
70029 Stuttgart

Kontaktadresse:

Deutscher Verband für
Physiotherapie (ZVK)

Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Geschäftsstelle:
Rotebühlstraße 63
70178 Stuttgart
Telefon 0711/925 41-0
Telefax 0711/925 41-44
info@bw.physio-deutschland.de
www.bw.physio-deutschland.de

Stuttgart, den 02.05.2019

Stellungnahme der Verbände zum Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes für die Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulgesetz – PSchG) Baden-Württemberg; Aktenzeichen 13-6400.5/304

Sehr geehrte Frau Ministerialdirigentin Windey,

im Folgendem nehmen die zeichnenden Berufsverbände zu dem o.g. Gesetzesentwurf Stellung.

Unsere Stellungnahme bezieht sich hauptsächlich auf die Abschnitte und Inhalte, welche wir für die Bildungsträger im Bereich der Gesundheitsfachberufe für wesentlich halten und die im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration liegen.

In dem Gesetzesentwurf erfolgt eine Anpassung der Zuschüsse auf 80 % des öffentlichen Schulwesens. In diesem Zusammenhang wird die Sondersituation der Physiotherapie- und Logopädieschulen berücksichtigt und auf die seit August 2018 bestehende Sonderregelung hingewiesen, nach der die Schulen ergänzend zur Kopfsatzförderung einen Zuschlag von € 2000 in dem beschriebenen Rahmen erhalten. Im Unterschied zur Absenkung der Zuschusshöhe in Höhe von € 92 für *Berufskollegs übrige*, wird diese Absenkung der für die beiden vorgenannten Gesundheitsberufe nicht übernommen. Dafür sei an dieser Stelle gedankt.

Die derzeitige Finanzierung für die Physio- und Logopädieschulen, die als Übergangsregelung definiert ist und die ergänzend zur Kopfsatzförderung einen Zuschlag von € 2000 umfasst, sichert übergangsweise die Finanzierung der Ausbildungen. Dennoch sei darauf hingewiesen, dass zum einen eine dauerhafte Planungssicherheit benötigt wird und zum anderen ein eigenständiger Kopfsatz ermittelt werden muss, der die **tatsächlich entstehenden Kosten** berücksichtigt und entsprechend bemisst. Es ist wichtig, die Ausbildungsplätze nachhaltig in



Baden-Württemberg zu sichern, zumal in anderen Bundesländern zunehmend die Schulgeldfreiheit durchgesetzt wird.

Wir sind davon überzeugt, dass das erneute, vom Ministerium für Soziales und Integration in Auftrag gegebene, Gutachten zur Überprüfung der Referenzkosten entsprechender öffentlichen Schulen letztendlich einen höheren Kopfsatz ergeben wird und damit über die weitere Bezuschussung der Schulen zum Haushaltsjahr 2020/2021 entschieden werden muss.

Es ist uns wichtig auf einige Punkte hinzuweisen, bei denen wir weiteren politischen Handlungsbedarf sehen.

Sobald das Gutachten vorliegt, ist es wichtig, es umgehend dem Landesgesetzgeber/der Landespolitik zur Verfügung zu stellen, so dass auf Grundlage des Gutachtens für den Haushalt 2020/2021 eine dauerhafte Kopfsatz-Förderung für die Gesundheitsschulen festgelegt werden kann.

Diese Festlegung muss dann unter der Maßgabe erfolgen, die tatsächlichen anfallenden Kosten entsprechend und zumindest zu 80 % abzudecken. Dies verhilft zur Planungssicherheit für die Schulen, wie oben dargelegt und verhilft, Ausbildungskapazitäten zu sichern und damit eine Maßnahme zu ergreifen, um den bestehenden Fachkräftemangel zu verringern.

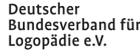
Ein weiteres Treffen der Expertenkommission und des Ministeriums für Soziales und Integration halten wir für ebenso dringend und wichtig. Wir bitten dazu zeitnah um die Terminierung einer solchen gemeinsamen Sitzung.

Langfristig gesehen wird seitens der Verbände die kostenfreie Ausbildung (zu 100%) angestrebt, so wie es im März 2018 im Koalitionsvertrag der Bundesregierung auch verankert ist.

Im Hinblick darauf, dass Ausbildungskapazitäten in den Gesundheitsberufen erhalten werden müssen, Fachkräftesicherung und Abwehr einer Berufsflucht zu dringenden Themen geworden sind, fordern wir, die Förderung analog der anderen Gesundheitsschulen oder Förderquote für die Ersatzschulen anzuheben.

Mit freundlichen Grüßen

Die unterzeichnenden Verbände



Michael Austrup
PHYSIO-DEUTSCHLAND

Raymond Binder
Verband Physikalische Therapie

Florian Schneider
Verband leitender Lehrkräfte

Ute Repschläger
Bundesverband selbstständiger
Physiotherapeuten

Julia Schirmer
Dt. Verband der Ergotherapeuten

Joachim Rottenecker
Verbund für Ausbildung und Studium in
den Therapieberufen

Dagmar Karrasch
Dt. Bundesverband für Logopädie

Diethild R Emmert
LOGO Deutschland

Vera Wanetschka
Bundesverband deutscher Schulen für
Logopädie

Georg Schönfelder
Deutscher Verband für Podologie

Christina Metke
Verband Deutscher Privatschulen